

27. IV. 1919

### Dr. Schumpeter über „Freihandel und Dauerfriede“.

Im großen Festsaal der Universität hielt gestern der Staatssekretär für Finanzen Dr. Josef Schumpeter einen Vortrag über „Freihandel u. b. Dauerfriede“. Er führte aus: Obwohl das Wirtschaftsleben seit der Mitte der neunziger Jahre eine gewisse Tendenz zur Absonderung, zur nationalen Autarkie und Eroberung aufwies, kann man die wirtschaftlichen Differenzen gewiß nicht als treibende Kraft des Weltkrieges bezeichnen. Es ist ein fundamentaler Irrtum, zu glauben, daß die wirtschaftlichen Interessen der Völker diese naturnotwendig in einen Interessengegensatz bringen. Die Tendenz nach ausschließlicher Beherrschung eines Wirtschaftsgebietes im Wege einer totalen Eroberung oder einer anderweitigen Interessenbeherrschung hat nur dort einen gesunden Sinn, wo der Verkehr mit einem bestimmten Wirtschaftsgebiete infolge seines geringen kulturellen Niveaus anders als unter militärischem Schutze nicht möglich ist. Wo dergleichen nicht zu fürchten ist, hat die wirtschaftliche oder politische Beherrschung eines Gebietes nicht die entscheidenden Vorteile, die man ihr gemeinlich zuschreibt. Die Bagdadbahn z. B. dient im Frieden der deutschen Ware, ob nun die Bahn von deutschen Kapitalisten erbaut worden ist oder nicht, im Kriege dient die Bahn demjenigen, der sie militärisch besetzt hat. Ein politisches oder wirtschaftliches Interesse an einer konkreten Unternehmung in irgend einem Weltteile besteht absolut nicht. Man muß sich vor einer Uebererschätzung des kolonialen Besitzes hüten. Es ist sinnlos, diese Dinge als nationale Bedürfnisse hinzustellen. Kriegerische Interessen und Export-Interessen, wenn sie die Ausbeutung eines bestimmten Gebietes zum Gegenstand haben, können wohl vom Standpunkt einer bestimmten Gruppe, aber nie vom Standpunkt eines ganzen Volkes erstrebenswert sein. Alle Völker, die die Wirtschaftspolitik mit militärischen Mitteln betrieben haben, wie Spanien und in gewissem Sinne auch Frankreich, sind zugrunde gegangen. Es ist allemal ein schlechtes Geschäft, wenn man die Politik in den Dienst der Wirtschaft stellt, und umgekehrt. Es entsteht dann eine politische Atmosphäre, in der die Kanonen von selbst losgehen.

Anderes stellt sich die Sache natürlich vom Gesichtspunkt der Retorsion dar. Wenn ein Staat in Europa eine imperialistische Wirtschaftspolitik verfolgt, dann muß es selbstverständlich auch der andere machen. Diese Maßregeln heben sich dann gegenseitig auf und dabei leidet auch das Konsumenteninteresse. Wenn man Schutzzölle einführt und es dadurch ermöglicht, daß die Industrie sich vertrustet und dann dieser vertrusteten Industrie gestattet oder sie ermutigt, ihre überschüssigen Waren im Auslande zu Preisen abzusetzen, die die fremde Industrie bedrohen, und wenn all das der andere Staat auch tut, dann ist eine Situation geschaffen, wo es nur zwei Dinge gibt: Einverständlichen Abbau oder Krieg. Der Zweck des Neomerkantilismus ist es, zum Zweck des eigenen Gewinns die fremden Zölle mit Gewalt niederzuringen. Es fangen dann die finanziellen Transaktionen an, das zu werden, was sie ihrer Natur nach nicht zu sein brauchen: Vorpostengefächte des politischen und militärischen Krieges. So wird das Wirtschaftsleben zu einem Nährboden kriegerischer Ideologien. Dasselbe gilt auch für den finanziellen Verkehr. Wenn man das Kapital, Exporte und Importe, zusammensetzt und es bewußt und systematisch dazu benützt, andere Industrien zu attackieren, dann wird der finanzielle Verkehr zu einer Quelle kriegerischer Politik.

Der freie Warenverkehr hat aber keine Tendenz, nationale Gegensätze hervorzu-rufen. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiterschaft irgend ein Interesse an einem forcierten Export habe, schon deshalb nicht, weil Retorsionsmaßregeln immer unvermeidlich sind, und weil die Arbeiter darunter als Konsumenten leiden. Ueberdies übt der forcierte Export in der einen Industrie einen Druck auf alle anderen Industrien aus.

Wenn schon das Wirtschaftsleben an sich keine Quelle kriegerischer Verwicklungen ist, so kann es doch zu einer Waffe einer kriegerischen Politik gemacht werden. Dies ist vor dem Kriege reichlich geschehen. Unsere Währungs- und Handelspolitik, ja unsere ganze Sozialpolitik ist unter diesen Gesichtspunkt gestellt worden.

So konnte man den Eindruck gewinnen, daß schon aus rein wirtschaftlichen Gründen die Völker nichts anderes wollen, als mit Bajonetten aufeinander losgehen. Die größte Gefahr liegt nun darin, daß unsere Wirtschaft, die schon in der Zeit der Vorbereitung zum Weltkrieg eine so aggressive Form angenommen hatte, im Weltkrieg noch ganz anders als Angriffswaffe konstruiert wurde. Es sind im Kriege wirtschaftliche Kampfmaßregeln geschaffen worden, die in der Natur des Krieges begründet sind: Sequestration fremder Unternehmungen, Inhibierung feindlicher Guthaben u. a. Diese Maßregeln werden von selbst abgebaut werden. Eine zweite Gruppe von Maßregeln ist dadurch gekennzeichnet, daß all das, was sich in der Wirtschaft an merkantilistischen Tendenzen angesammelt hat, im Krieg in neue Organisationsformen gebracht wurde: Lebensformen einer abnormalen Wirtschaft, für die das Wort von der belagerten Festung geprägt wurde. Die Volkswirtschaft aller am Kriege beteiligten Mächte ist in eine Organisationsform geraten, die geeignet ist, zu einem neuen Kampfinstrument gegen fremde Völker zu werden. Dies abzubauen, ist eine sehr schwierige Aufgabe. Es müssen jene Organisationsformen und Interessengruppen verschwinden, die die Kriegswirtschaft geschaffen hat. Es ist deshalb nichts so wichtig, als das wir uns mit den Gedanken bestreuen, die in der Richtung des Freihandels liegen. So lange wir an einem Schutzzollsystem besonders prohibitiver Natur festhalten, ist es unvermeidlich, daß Ereignisse wie dieser Weltkrieg sich früher oder später wiederholen. Es kann natürlich keiner der beteiligten Staaten auf die indirekten Steuern verzichten und es ist daher unmöglich, ohne weiteres die Zölle aufzuheben. Ein gewisses Maß an Schutzzoll wird daher beibehalten werden müssen. Aber darüber hinaus gilt es beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft die Grundsätze des Freihandels zur Geltung zu bringen.

Der Wiederaufbau kann nach zwei Richtungen vor sich gehen: Erstens durch Sozialisierung unserer ganzen Volkswirtschaft. Obwohl ich persönlich einem solchen Schritt volles Verständnis entgegenbringe, lasse ich diesen Weg außer Diskussion, weil wir uns alle dagegen entschieden haben. Die andere Alternative besteht darin, eine radikale Sozialisierung gewisser Industriezweige oder Betriebe durchzuführen und im übrigen das Privateigentum seine Arbeit weiter betreiben zu lassen. Für diese letztere Modalität spricht bei uns die Notwendigkeit ausländischen Kapitalimports, den wir für eine sozialisierte Wirtschaft kaum erlangen könnten. Wir werden uns also für das gemischte System entscheiden. Dabei wird man sich davor hüten müssen, das Privateigentum festzuhalten und es gleichzeitig so zu lähmen, daß es in seiner Tätigkeit behindert ist. Man kann die Industrie sozialisieren, aber nicht

ruinieren. Die Aufgaben des Wiederaufbaues, die geleistet werden müssen, sind solche, daß sie von privater Seite ganz gut geleistet werden können.

Die Sozialisierung ist nur möglich für die Produktion, muß aber beim Handel aufhören. Wir sind in der glücklichen Lage, eine Kaufmannschaft zu besitzen, die für ihre Aufgabe ungemein geeignet ist. Das heißt aber nicht, daß die staatliche Politik untätig sein soll. Sie hat vor allem die Hemmungen zu beseitigen, die einer Rekonstruktion der Wirtschaft im Wege stehen. Eine solche Hemmung ist neustens die Schwierigkeit der Kreditbeschaffung. Eine solche Hemmung ist neustens die Schwierigkeit der Kreditbeschaffung für die Industrie wird der Staat in großzügigster Weise unterstützen, nötigenfalls selbst in die Hand nehmen müssen. All das soll der Wirtschaft die Bahn öffnen, aber die Wirtschaft muß die Freiheit haben, diese Bahn zu beschreiten. Behinderungen des Exports und Imports müssen fallen, übertriebene valutapolitische Bedenken können allein nicht entscheidend sein. Ein leistungsfähiger Import und Export ist die einzige Möglichkeit, eine normale Devisenspekulationsbasis zu schaffen und die auswärtigen Kurse zu heben. Wenn wir diesen Weg der wirtschaftlichen Freiheit betreten, dann werden wir in der Lage sein, den Arbeitern die nötige Arbeitsgelegenheit zu geben. An unserer eigenen Politik wird es liegen, uns aus dem Zusammendruch herauszuarbeiten und wieder in den Weltverkehr einzutreten. Eine solche Einstellung auf freien Handel ist das beste Mittel, die Wiederkehr solcher Konflikte, wie es der Weltkrieg war, zu verhindern. Eine ganze Welt von Schwierigkeiten stemmt sich dem Bestreben entgegen, wirtschaftlich in eine vernünftige Politik hineinzukommen. Den Massen Brot und Arbeit zu verschaffen und deshalb in eine freie und friedliche Wirtschaft einzulassen, ist das einzige Ziel unserer Politik. Dasselbe gilt für alle Nationalstaaten, die auf dem Boden der ehemaligen Monarchie entstanden sind. Es gehen täglich Millionenwerte zugrunde, weil die Staaten sich gegenseitig schikanieren. Die Völker werden eines Tages müde werden, ein Spielzeug politischer Kombinationen zu werden. Es läge im Interesse der Nationalstaaten, den gegenwärtigen Zustand des wirtschaftlichen Kampfes abzubauen. Darunter verstehe ich das Unterlassen von feindseligen Handlungen, ein Uebereinkommen über die Lasten der früheren Monarchie und über den Zahlungsverkehr. Die Massen müssen aus dem Elend herauskommen. Das Leben gewinnt nur einen Sinn als internationales Leben. Wir müssen Vertreter unserer Interessen sein. Wohl uns, wenn wir uns sagen können, daß wir, indem wir es tun, gleichzeitig im Interesse hoher Ideale tätig sind.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.